



Pressemitteilung

Waffenstillstand in Gaza: Ein Schritt in Richtung Frieden und Gerechtigkeit

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH begrüßt den Waffenstillstand und den aktuellen Deal zum Geiseln- und Gefangenenaustausch zwischen Israel und der Hamas. Dieser Schritt ist ein Zeichen der Hoffnung inmitten einer zutiefst tragischen humanitären Krise. Wir appellieren an alle beteiligten Parteien und die internationale Gemeinschaft, diesen Moment zu nutzen, um einen dauerhaften Frieden und eine gerechte Lösung für alle Menschen in der Region zu schaffen.

Der Genozid muss gestoppt werden

Die unaufhörlichen Angriffe und die Belagerung von Gaza haben unvorstellbares Leid über die palästinensische Bevölkerung gebracht. Es ist unerträglich, dass über 47.000 unschuldige Zivilist:innen, darunter fast 20.000 Kinder, ihr Leben verloren haben. Dieses menschliche Leid darf nicht länger ignoriert werden. Der Genozid an der palästinensischen Bevölkerung muss sofort gestoppt werden, und es muss eine internationale Untersuchung der Verbrechen erfolgen.

Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau

Es ist essenziell, dass humanitäre Hilfe uneingeschränkt in den Gazastreifen gelangt. Die Versorgung mit Nahrung, Wasser, medizinischer Hilfe und der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur sind nicht verhandelbare Grundvoraussetzungen für das Überleben der Menschen in Gaza. Gleichzeitig fordern wir Israel und seine Schutzmächte, insbesondere die USA, auf, die Kosten für den Wiederaufbau zu übernehmen. Die internationale Gemeinschaft ist in der Pflicht, sicherzustellen, dass diese Verantwortung wahrgenommen wird. Die umfassende Zerstörung der Infrastruktur und der Tod unzähliger Zivilist:innen sind direkte Konsequenzen völkerrechtswidriger Militäroperationen, die nicht folgenlos bleiben dürfen.

Ende der Besatzung und Reparationen

Der anhaltende Konflikt ist untrennbar mit der illegalen Besatzung palästinensischer Gebiete durch Israel verbunden. Diese Besatzung verletzt das Völkerrecht und die Menschenrechte der Palästinenser:innen. Sie muss beendet werden, um die Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen. Israel muss für die von ihm begangenen Kriegsverbrechen und die Zerstörung zur Rechenschaft gezogen werden und Reparationen zahlen, um das Leiden der palästinensischen Bevölkerung zu lindern.

Netanjahu-Regierung zur Verantwortung ziehen

Die Netanjahu-Regierung muss für ihren Genozid in Gaza vor internationalen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden. Die jahrzehntelange Straflosigkeit für Verbrechen Israels im besetzten palästinensischen Gebiet muss nunmehr aufhören. Die internationale Gemeinschaft muss alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen – seien es der Internationale Strafgerichtshof oder der Internationale Gerichtshof – um sicherzustellen, dass diejenigen, die der Verantwortung für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verdächtigt werden, vor Gericht gestellt werden.

Aufruf an die Bundesregierung und die neue US-Regierung

Wir fordern die derzeitige und zukünftige Bundesregierung auf, ihre Waffenlieferungen an Israel sofort zu stoppen. Deutschland muss seiner historischen und moralischen Verantwortung gerecht werden, indem es sich aktiv für einen gerechten Frieden einsetzt und die Zweistaatenlösung unterstützt. Dies umfasst auch den Druck auf Israel, die Besatzung zu beenden und die Rechte der Palästinenser:innen zu respektieren.

Zudem fordern wir die neue US-Regierung auf, die bisherige politische, finanzielle und militärische Unterstützung an Israel für den Völkermord in Gaza unverzüglich zu beenden. Stattdessen muss sie sich für einen dauerhaften und gerechten Frieden sowie für eine gerechte Zweistaatenlösung bzw. einen gerechten palästinensischen Staat in Palästina einsetzen. Die neue US-Regierung sollte die Macht der USA nutzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu fördern. Auf diese Weise kann sie auch dem weltweiten Zuwachs des Antiamerikanismus, der durch ihre Beihilfe zum Genozid in Gaza entstanden ist, entgegenwirken.

Ein Weg zu dauerhaftem Frieden

Unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen die politischen und militärischen Führer Israels, die unbestreitbar die strafrechtliche Verantwortung für die Verbrechen tragen. Auch die Rolle der israelischen Gesellschaft muss kritisch hinterfragt werden. Große Teile der Bevölkerung haben durch Schweigen, Zustimmung oder sogar aktive Unterstützung dazu beigetragen, dass diese Verbrechen fortgesetzt werden konnten. Die wiederholte Wahl von Politikern, die eine Politik der Besatzung und Diskriminierung vertreten, deutet auf eine bedenkliche Akzeptanz dieser Politik in Teilen der israelischen Gesellschaft hin.

Besonders alarmierend ist das Fehlen eines breiten und sichtbaren Widerstands gegen die anhaltende Besatzung und die völkerrechtswidrigen Praktiken. Schweigen bedeutet in solchen Fällen Mitverantwortung. Jede Gesellschaft hat die moralische Pflicht, Unrecht zu erkennen und sich dagegen einzusetzen.

Es ist an der Zeit, dass die israelische Gesellschaft ihre Rolle in diesem Völkermord und die seinen Kriegsverbrechen endlich kritisch reflektiert und sich für einen echten Wandel einsetzt.

Nur durch eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Mitverantwortung kann es eine gerechte und friedliche Zukunft für alle geben.

Das israelische Volk hat die besondere Verantwortung, sich für die Beendigung des Leidens in Gaza, die Verwirklichung einer gerechten Zweistaatenlösung und den Frieden im Nahen Osten einzusetzen. Ein Ende der Gewalt und der völkerrechtswidrigen Besatzung liegt nicht nur im Interesse der Palästinenser:innen, sondern auch im Interesse Israels und seiner Bürger:innen. Denn nur ein gerechter und dauerhafter Frieden kann langfristige Sicherheit, Stabilität und Wohlstand für alle Menschen in der Region gewährleisten. Wir rufen die israelische Gesellschaft dazu auf, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft an einer Zukunft zu arbeiten, die von Gerechtigkeit, Versöhnung und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Unser Ziel als Organisation

Als eine Religionsgemeinschaft mit Sitz in Hessen bzw. Deutschland setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für Gerechtigkeit, Frieden und die Einhaltung des Völkerrechts in der Welt ein. Unser Engagement konzentriert sich darauf, Bewusstsein zu schaffen, öffentlich Druck für eine gerechte und friedliche Lösung im Nahen Osten aufzubauen und uns solidarisch an die Seite der von Genozid betroffenen Menschen in Gaza zu stellen.

Wir arbeiten daran, die Stimmen der Opfer von Besatzung und Genozid zu verstärken, den öffentlichen Diskurs in Deutschland und Europa zu fördern und Entscheidungsträger:innen in Deutschland und Europa zum Handeln zu bewegen. Unser Ziel ist es, im Rahmen einer gerechten Zweistaatenlösung zu einer Überwindung von Besatzung und Unterdrückung beizutragen, um langfristig Gerechtigkeit, Frieden und Würde für alle Menschen in der Region zu ermöglichen.

Gießen, 20. Januar 2025

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der IRH